

## Verluste

### *Die Sorge der Volksparteien um ihre „Zukunftsfähigkeit“*

Seit der Berlin- und der Kommunalwahl in Hessen und insbesondere seit der Europawahl im Juni wird in der Bundesrepublik eine offene Diskussion über die *bedrohte Zukunft der Volksparteien* geführt: verhalten zwar, aber zunehmend intensiver und nicht nur in politischen Seminaren und Akademien, sondern in den betroffenen Parteien selbst; besonders vernehmbar in der CDU/CSU, aber auch in der SPD, zumal seitdem sich herausgestellt hat, daß letztere von den massiven Verlusten der Christdemokraten nicht nur wenig profitiert, vielmehr seit neuestem in beiden Richtungen verliert, nicht nur an die Grünen, sondern, wenn auch weniger als die Union, auch nach rechtsaußen an die Republikaner.

In auffallender Übereinstimmung äußerten sich Regierungschef und Oppositionsführer zu diesem Punkt bei der jüngsten Haushaltsdebatte. Und auf dem Bremer Parteitag nahm sich nicht erst der Bundeskanzler in seiner obligaten Parteitagsrede des Themas an, sondern bereits Bremens Senatspräsident *Klaus Wedemeier* in seinem Grußwort als örtlicher Regierungschef. Gleichsam parteiübergreifend warnte Wedemeier vor einem wachsenden „Anti-Parteien-Affekt“ und der „aktuellen Gefahr“, politischen Rattenfängern zu erliegen. Er appellierte an CDU und SPD gemeinsam, „sich etwas einfallen zu lassen“, um „der anhaltenden Parteiverdrossenheit zu begegnen“. Und *Helmut Kohl* – in diesem Punkte ebenfalls Nachdenklichkeit verbreitend und zugleich auf jene schimpfend, die auf die Veränderung der politischen Landschaft starrten wie das Kaninchen auf die Schlange und so „Übellaunigkeit“ verbreiteten – räumte ein, alle Volksparteien verlören Vertrauen, die politi-

sche Landschaft sei in Bewegung geraten und alle hätten Grund, über die „*neuartigen Herausforderungen* nachzudenken.

Plötzlich nun ist es in aller Munde, das Wort von der (angezweifelten) „Zukunftsfähigkeit“ der Volksparteien. Zu Recht, wie sich an den Wahlergebnissen ablesen läßt. In den 70er Jahren lag der Anteil der beiden Großparteien an den Wählerstimmen noch bei über 90 Prozent; das Drei-Parteien-System erschien noch so gefestigt, daß *Franz Josef Strauß* gefahrlos mit der Etablierung der CSU als vierter bundesweiter Partei drohen konnte. 1983 lagen Union und SPD zusammen noch bei 87 Prozent, 1987 waren es nur noch gut 77 und bei der Europawahl 1989 noch 75 Prozent. Als vierte (gelegentlich dritte) Partei haben sich die *Grünen* fest etabliert. Und am rechten Rande machen sich die Republikaner breit.

Aber es ist nicht das Auftreten neuer Formationen allein, das die Großparteien in Unruhe versetzt. Anlaß zur Sorge sind für sie vor allem vier Entwicklungen: Die *Wechselwähler* nehmen zu; die *Distanz* beträchtlicher Bevölkerungsteile zu den Parteien insgesamt wird größer; die Nichtwähler werden zahlreicher; die *Neigung zu radikaleren Positionen* innerhalb des gesamten Parteienspektrums wächst – die Bereitschaft, radikale und Protestparteien zu wählen, wächst damit (wenn auch nicht im gleichen Ausmaß) mit. Und die vierte, entscheidende Entwicklung: große Teile der jüngeren Wählerschaft beginnen, sich von den traditionellen Parteien abzukoppeln.

Wie dramatisch vor allem diese letztere Entwicklung ist, zeigt ein Blick auf die Jungwählerstatistik der letzten Jahre. Das Besondere daran: Jungwähler (also Wähler im Alter von 18 bis 25) wenden sich überproportional den neuen Parteien zu; die beiden Großparteien sind, wenn nicht in gleicher Weise, so doch in vergleichbarer Weise davon betroffen – beide verlieren in diesen Jahrgängen erdrutschartig an die Grünen und jetzt auch an die Republikaner, und der Anteil der Nichtwähler nimmt bei den Jungwäh-

lern ebenfalls überproportional zu. Zur Illustration: Bei den Europawahlen ging der Anteil an den Jungwählern in drei Wahlen (von 1979 bis 1989) bei der CDU/CSU von 37,5 auf 27,7 Prozent und bei der SPD von 44,7 auf 36,8 Prozent zurück; während die Grünen bei der letzten Europawahl bei 16,2 und die Republikaner bei 7,9 lagen. Die drei erstgenannten Faktoren – wechselhafter, parteien-distanzierter, radikaler – verdichten sich also bei diesen Jahrgängen zu einem die Wählerlandschaft u.U. grundlegend verändernden Effekt.

Nun besagen die Zahlen für sich nicht alles, und die Entwicklung von Wahl zu Wahl und von Bundesland zu Bundesland ist nicht einheitlich. Aber diese Entwicklung allein auf allgemeine Parteienverdrossenheit zurückzuführen, von der dann die jeweils Regierenden stärker betroffen sind, wäre zu simpel. Zum einen verfeinern sich in einer Zeit stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse auf hohem Wohlstandsniveau die *Erwartungen an die politische Leistungsfähigkeit der Parteien*, zum anderen kann der sinkende Anteil der Volksparteien als Angleichung an die Größenordnungen in den europäischen Nachbarländern angesehen werden, zumal gewisse Sonderbedingungen (Antikommunismus als Stabilisierungsfaktor der Union, Wirkung der Kirchenbindung bei der Union, Wirkung der Gewerkschaftsbindung bei der SPD) an Gewicht verlieren. Entscheidend ist aber wohl ein Drittes: die Herausbildung und Ausdifferenzierung von Politikverständnissen nach Lebensstilen, die den traditionellen Weg der Zusammenführung divergierender Interessen in den großen Volksparteien überlagern und zugleich erschweren.

Das größte Versäumnis scheint aber *das Fehlen einer gründlichen Auseinandersetzung mit den veränderten Politikverständnissen und Politikerwartungen* bei großen Teilen der jüngeren Wählerschaft zu sein. Das erklärt die Schwäche der beiden Volksparteien insbesondere gegenüber den Grünen, wo die neuen Politikvorstellungen sich gefühlsmäßig verdichten. Die SPD verlegte sich zu früh aufs Anpassen,

die CDU/CSU beläßt es bis heute bei scharfer Abgrenzung. Die nötige Auseinandersetzung haben beide nicht geleistet. Dies bedeutet einen beträchtlichen politischen Potenzverlust. Ob er insbesondere bei der jungen Generation noch wettgemacht werden kann, ist die offene Frage. se

## Unbequem

### *Probleme mit und in den Pfarrgemeinderäten*

In den Tagen nach dem CDU-Parteitag in Bremen, als an unionsnahen und anderen Stammtischen noch lebhaft über die Herauswahl des baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Lothar Späth* aus dem CDU-Präsidium debattiert wurde, erläuterte in einem Zirkel katholischer Profis ein Pfarrer aus dem Rheinischen das folgende Problem: Demnächst, Ende Oktober, also bald nach den dortigen Kommunalwahlen, würden in den nordrhein-westfälischen Diözesen Pfarrgemeinderatswahlen stattfinden. Das Späth-ähnliche Problem: Die *Wahlordnung für die Pfarrgemeinderatswahlen* sehe ein Drittel mehr Kandidaten vor, als gewählt werden können. Da es also ähnlich wie bei den CDU-Präsidiumswahlen in Bremen mehr Kandidaten als zu Wählende gebe, müsse der eine oder andere notwendigerweise das Nachsehen haben. Erfahrungsgemäß fühlten sich die einmal Unterlegenen oder nicht mehr Gewählten von der Gemeinde aber so sehr zurückgewiesen, daß sie für alle Zukunft zu keiner Kandidatur mehr bereit seien. Das Kandidatenpotential erschöpfe sich so irgendwann.

In der Tat scheinen das Problem nicht nur Politiker zu haben. Für eine Wahl kandidieren ist gut, aber bei einer Wahl durchfallen verträgt sich offenbar schlecht *mit dem Selbstbild von der eigenen Bedeutung und dem Selbstwertgefühl*. Und demokratische Wahlen sind nun einmal die Probe aufs Exempel des jeweils aktuellen Aushaltens des prinzipiellen und punktuellen Un-

terschiedes zwischen Fremd- und Selbsteinschätzung. Vielleicht ist das Problem in einer Pfarrgemeinde sogar noch ausgeprägter als in einem politischen Verband. Schließlich kennt man sich und wird gekannt im Persönlichen und Privaten und nicht nur als Repräsentant eines öffentlichen Organs. Das Phänomen ist auch aus ganz anderen Breiten- und Längengraden bekannt: In ostasiatischen Ländern zumal erzählen einem Pfarrer und Missionare, das mit dem Wählen sei so eine Sache, man lasse es lieber oder ersetze es durch Berufung. Berufung sei immer ehrenvoll, das Nichtgewähltwerden aber bedeute *Gesichtsverlust*, und das sei ungefähr das schlimmste, was einem passieren könnte. Es sei also sehr berechtigt und richtig, Menschen vor solchem Risiko zu bewahren. In afrikanischen Ländern ist Ähnliches zu hören.

Es ist offenbar nirgends leicht, Kratzer im persönlichen Ansehen zu ertragen. Aber was in anderen Zivilisationsformen und Kulturen wirklich schwierig sein mag, müßte innerhalb einer nicht mehr ganz jungen demokratischen Tradition politisch wie kirchlich lösbar sein: Jedes Wahlamt, das größte wie das kleinste, ist Beauftragung auf Zeit, und eine Wahl ohne Nichtgewählte wäre keine. Ein solides demokratisches Bewußtsein und ein bißchen christliche Demut müßten also ausreichen, um trotz Nichtwahl sich noch einmal zur Verfügung zu stellen.

Es gibt aber bei uns und anderswo wohl noch andere, vermutlich *größere Probleme*, die nicht nur die Kandidatenkür erschweren, sondern bei der nachkonziliaren Form kirchlicher Mitverantwortung und Mitbestimmung vor Ort zu Ermüdungserscheinungen führen. Nur manche Pfarrer empfinden sie als Bereicherung, andere als Last. Ein aus Polen stammender, ebenfalls im Rheinischen tätiger Geistlicher beklagte sich unlängst über die viele Bürokratie in den hiesigen Pfarreien. Als nach den Ursachen gefragt wurde, nannte er nicht die fast allseits beklagte Überbeanspruchung der Pfarrgeistlichkeit durch Verwaltungsarbeit, sondern „die Gremien“. Sie machten alles komplizierter,

schwieriger, umständlicher. In seinem Herkunftsland sei alles viel einfacher, der Pfarrer habe freie Hand, er entscheide, und das sei nicht nur richtiger, sondern auch effektiver.

Nur eine Einzelstimme? Doch wohl nicht. Die Gewöhnung an Mitsprache scheint jedenfalls nicht nur für entscheidungsfreudige Pfarrer nicht einfach zu sein. Zu den Gewöhnungsschwierigkeiten der Amtsträger kommen die *Klagen von Laien*, nicht so sehr von solchen, die draußen bleiben oder nach einem einmaligen Versuch nicht wieder gewählt wurden, sondern von Laien mit längerer Pfarrgemeinderatserfahrung: Man wisse, so heißt es im Extremfall – überhaupt nicht, wofür man gewählt sei, und mit dem und dem Pfarrer sei überhaupt nicht zu reden. Oder sachlicher: Man könne zwar einen Rat geben, aber praktisch nichts bewirken oder mitentscheiden, weil ja in allem irgendwie Theologisches und Lehramtliches mit im Spiel sei und damit die Amtsautorität des Pfarrers tangiert werde. Man könne in einer Pfarrei deshalb nur selten so beraten und beschließen, wie man es anderswo gewohnt ist.

Nur Einzelstimmen? Sicher auch in dem Fall nicht. Freilich muß nicht jeder Ausdruck von Unzufriedenheit auf die schwere Schulter genommen werden. Querulanten gibt es überall, auch unter Pfarrgemeinderäten, und autoritäre Autoritätsträger auch – unter Pfarrern vielleicht noch etwas häufiger als unter anderen. Weihe ist Gnadengabe, gelegentlich aber auch Versuchung. Doch in zahllosen Fällen weiß man sich nicht nur zu arrangieren, sondern geht es gut und werden Aussprache und Rat im Wahlgremium der Pfarrei als hilfreich und entlastend empfunden.

Allerdings scheint es noch *weitgehende Rollenunsicherheiten* zu geben. Pfarrer meinen häufiger, sie müßten einen Pfarrgemeinderat erst zu etwas Bestimmten „machen“, damit er brauchbar wird. Die nicht seltene Klage über fehlende Kontinuität, die in einem gewissen Kontrast zu der über Kandidatenmangel steht, nach einigen Jahren habe man „seinen“ Pfarrgemeinderat so weit, daß man mit ihm arbeiten